

Ludwig Tauscher
CDU (Landkreis Alzey-Worms)

Auf einige Ihrer Fragen möchte ich im Folgenden kurz eingehen:

zu 1. Die von Ihnen geschilderten Wartezeiten bei der psychotherapeutischen Versorgung sind nicht hinnehmbar und müssen hinterfragt und abgebaut werden.

zu 2. Wenn die Bundesrepublik Deutschland entsprechende Flüchtlinge aufnimmt, ist sie an die EU-Richtlinie gebunden und hat diese umzusetzen. Deshalb müssen entsprechende Rahmenbedingungen (Dolmetscher und entsprechende Einrichtungen) geschaffen werden. Ich persönlich halte dies auch mit Blick auf unsere Historie für eine moralische Verpflichtung.

zu 3-5. Die Veränderungen in unserer Gesellschaft (demografischer Wandel, aber auch mit Blick auf die Familienstrukturen) verlangen auch deutliche Veränderung in der Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen. Werte und Wissensinhalte, die früher von den Eltern vermittelt wurden, müssen heute oftmals durch die Bildungseinrichtungen vermittelt werden, und zwar schon beginnend in den Kindergärten und Kindergärten. Damit ändern sich auch die Anforderungen an die entsprechenden betreuenden Personen (Betreuer, Erzieher, Lehrkräfte). Deshalb müssen sowohl ErzieherInnen als auch LehrerInnen im Rahmen ihrer Ausbildung entsprechende Kenntnisse erwerben. Dabei schließe ich die Psychologie ausdrücklich mit ein. Denn das Vermitteln von Werten und Wissen ist ohne entsprechende Kenntnisse über kognitive Prozesse und Lernabläufe m.E. nicht möglich. Dies halte ich auch für die einzige Möglichkeit, möglichst viele junge Menschen in unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zu integrieren und damit auch dem Problem eines zukünftigen Facharbeitermangels und der Problematik arbeitsloser Jugendlicher mit den daraus resultierenden negativen Folgen für die öffentlichen Kassen, aber insbesondere auch für die Integration in die Gesellschaft, entgegen zu treten.

zu 6. Inwieweit ein eigenständiges Arbeitnehmerschutzgesetz bei dem Umgang mit personenbezogenen Daten mehr Sicherheit schafft ist m.E. zu überprüfen.

zu 7. Richtigerweise weisen Sie darauf hin, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern und Frauen ein weltweites Problem darstellt, dem m.E. auch nur durch internationale Regeln und entsprechende Unterstützungsmassnahmen für die Opfer begegnet werden kann. Natürlich muss auch die Bundesrepublik Deutschland sich dafür einsetzen und entsprechende Unterstützungsmassnahmen hier vorsehen.